

Entschließung der Sozialdemokratischen Partei des Saarlandes (SPS) über die Europäisierung der Saar (7. November 1953)

Legende: Am 7. November 1953 verabschiedet die Sozialdemokratische Partei Saar (SPS) eine Entschließung über die mögliche Europäisierung der Saar.

Quelle: Landespartei Vorstand der Sozialdemokratischen Partei des Saarlandes (Hrsg.). Die Saarfrage, eine Dokumentensammlung. Saarbrücken: Sozialdemokratische Partei des Saarlandes, 1954. 72 S.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/entschließung_der_sozialdemokratischen_partei_des_saarlandes_sps_uber_die_europaisierung_der_saar_7_november_1953-de-9b69f770-6633-490c-b824-b5658aedf274.html

Publication date: 06/09/2012

Entschließung der Sozialdemokratischen Partei des Saarlandes (SPS) über die Europäisierung der Saar (7. November 1953)

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei hat in seiner Sitzung vom 7. 11. 1953 zur Frage der Europäisierung des Saarlandes erneut Stellung genommen. Der Parteiausschuß erinnert daran, daß seit dem ersten Parteitag der SPS, der im Jahre 1946 im Stadttheater in Saarbrücken stattfand, die zuständigen Parteiorgane bei jeder Gelegenheit auf die Notwendigkeit einer europäischen Lösung der Saarfrage hingewiesen haben. Die Partei hat immer wieder betont, daß die Saarfrage als Streitgegenstand zwischen Deutschland und Frankreich eine Gefahr für die europäische Integration darstellt.

In klarer Einschätzung der Ansprüche Frankreichs und Deutschlands, aber auch der Interessen und Notwendigkeiten der saarländischen Bevölkerung, ist die Partei schon frühzeitig zu der Einsicht gelangt, daß ein Interessenausgleich auf nationalstaatlicher Ebene nicht möglich ist; dagegen kann auf europäischer Ebene aus diesen Interessen-Gegensätzen eine Interessengemeinschaft werden. Eine solche Interessengemeinschaft läßt sich jedoch nur verwirklichen, wenn zu einem gewissen Zeitpunkt alle Beteiligten einen mutigen Schritt in die Zukunft wagen und auf *gegenwärtige* Teilinteressen verzichten. Dies wird umso leichter sein, als das Saarland durch diesen Verzicht europäisches Territorium und aus dem Streit der noch bestehenden Nationalstaaten herausgelöst wird. Von da an kann das Saarland die selbstgestellte Aufgabe, Brücke zwischen Frankreich und Deutschland zu sein und beiden Ländern den Weg nach Europa zu erleichtern, erfüllen. Jede andere Entwicklung, jeder Versuch also eines der Beteiligten, eine Lösung im alten nationalstaatlichen Sinne zu finden (sei es die Rückgliederung nach Deutschland, die Annexion durch Frankreich oder die Gründung eines souveränen Staates Saarland), muß zwangsläufig, ob die Beteiligten es wollen oder nicht, zu nationalistischen Auseinandersetzungen führen und dadurch die heftigsten Störungen in Europa hervorrufen.

Die Entwicklung, die sich jetzt klar und deutlich, für jedermann sichtbar, am politischen Horizont abzeichnet, hat die Sozialdemokratische Partei schon im Jahre 1946 vorausgesehen und immer wieder auf sie hingewiesen. Aus der gleichen Erkenntnis hat die Comisco 1950 in ihrer Kopenhagener Entschließung folgendes erklärt:

„Die Internationale Sozialistische Konferenz vertritt die Auffassung, daß die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris (OEEC) und der Europarat in Straßburg dazu berufen sind, die Saarfrage als ein europäisches Problem erster Ordnung einer konstruktiven Lösung zuzuführen.“

An diesen Beschluß hält sich die Partei heute noch gebunden. Im August des Jahres 1952, zu einem Zeitpunkt also, als die „Europäisierung“ des Saarlandes noch ein vager Begriff war, hat die Partei, auf dieser Comisco-Erklärung fußend, konkrete Vorschläge zur Europäisierung des Saarlandes gemacht. Niemand als die Sozialdemokratische Partei des Saarlandes hat daher das Recht, den Europäisierungsplan des holländischen Delegierten Van der Goes van Naters zu begrüßen. Der Parteiausschuß stellt das mit um so größerer Befriedigung fest, als hier ein führender Neutraler aus einem umfassenden Studium der gesamten saarländischen Problematik zu einem Vorschlag gekommen ist, der eine Rechtfertigung unserer Politik darstellt. Der Parteiausschuß ist der Meinung, daß dieser Bericht auch im Saarland die weiteste Verbreitung verdient.

Der Parteiausschuß ist ferner der Meinung, daß der Europäisierungsplan des holländischen Europaratsdelegierten, von kleinen Änderungen abgesehen, in der vorliegenden Form verwirklicht werden kann.

Es ist außerordentlich begrüßenswert, daß neben einsichtigen Staatsmännern auch die Öffentliche Meinung in allen europäischen Ländern die Entwicklung im Saarland begreift. Insbesondere begrüßt der Parteiausschuß, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in ihrer an die Internationale gerichtete Denkschrift, zum Ausdruck bringt, daß es nicht gegen die allen Parteien der Sozialistischen Internationale

gemeinsamen Prinzipien verstößt, unter normalen Bedingungen für die Ausgliederung einer Bevölkerung aus einem bestehenden Staatsverband einzutreten.

Der Parteiausschuß vertritt die Meinung, daß diese normalen Bedingungen heute in der Tatsache gegeben sind, daß im Rahmen einer zukunftssträchtigen Entwicklung das Saarland zum europäischen Territorium gemacht werden soll und daß diese Entscheidung letzten Endes durch die saarländische Bevölkerung im Rahmen ihres Selbstbestimmungsrechtes anerkannt werden muß.

Der Parteiausschuß stellt daher mit Genugtuung fest, daß die Sozialdemokratische Partei des Saarlandes, seit 1946 unbeirrt ihren Weg verfolgend, in Übereinstimmung mit dem internationalen Sozialismus, alles in den Dienst einer europäischen Integration gestellt hat und weiterhin stellen wird. Er stellt fest, daß nun die Früchte dieser Entwicklung, die Beendigung der jahrhundertelangen Feindschaft Deutschlands und Frankreichs zu reifen beginnen und damit der Weg zur Einigung Europas frei wird.